

Aus dem Inhalt  
Ratschlag mit guten  
Ideen (S.2/3) | Land  
stärkt kommunale  
Haushalte (S.4) |  
Herbstaktionen sind  
angelaufen (S.5/6)

newsletter

# Gemeinden

ver.di

NRW  
Fachbereich  
Gemeinden

Ausgabe 2 | Oktober 2011

## Aktiv werden – Druck machen

Kommunen aus ihrer Not holen: Dazu hat der ver.di Landesfachbereich Gemeinden einen Aktionsausschuss gegründet. Erstes Ziel: Aktivitäten im Herbst 2011 durchzuführen



Der Aktionsrat (v.l.n.r): Martin Nees, Martina Neubner, Thomas Köhler, Eric Lohbach, Anika Teckentrup, Daniel Kolle, Jörg Hicker, Heinz Rech, Pamela Strutz und Thomas Lauer.

Es ist so weit. Um Aktionen zur Durchsetzung der Gemeindefinanzreform durchzuführen, hat der ver.di Landesfachbereich Gemeinden den Aktionsrat „Aktiv werden – Kommunen in Not“ eingerichtet. In drei Phasen sollen Aktionen vorbereitet und durchgeführt werden, die die Belegschaften mobilisieren und öffentliche Wirkung herstellen.

### Im Oktober geht es los

Erste Aktionen starten im Oktober und November. In der zweiten Phase begleiten

wir die Tarifrunde 2012. Mit der dritten Phase wollen wir Einfluss auf die Bundestagswahl 2013 nehmen. Nur neue politische Mehrheiten schaffen die Möglichkeit, die Gemeindefinanzreform zu realisieren.

Zunächst wird mit der betrieblichen Mobilisierung der Vertrauensleute, Personalräte und Beschäftigten begonnen.

### Regionale Bündnisse aktiv

Eine Bestandsaufnahme ergab, dass circa 15 regionale Bündnisse in NRW bekannt

sind. In ihnen versuchen Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftlich relevante Gruppen, den Widerstand gegen den Zerfall der hoch verschuldeten Städte zu organisieren. Dabei sind die inhaltlichen Ansätze sehr unterschiedlich wie auch der Grad der Aktivität. Wir müssen daher parallel an der öffentlichen Mobilisierung arbeiten.

Der Aktionsrat unterstützt die Aktiven vor Ort mit einem Referenten-Team für Tagesseminare, Kurzschulungen, Argumentationshilfen.

vorab

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen ist nicht in Sicht.



Hieran ändert auch der bisherige Entwurf Städtepaakt Stadtfinanzen nichts. Dies zwingt uns, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu erhöhen. Die Ruhe in den Rathäusern und Betrieben muss ein Ende haben. Der Protest der Belegschaften muss wahrnehmbar werden. Für die Personalräte bedeutet das, die Beschäftigten in die Prozesse zur Haushaltskonsolidierung aktiv einzubeziehen. Hierdurch und durch eine auf Widerstand ausgerichtete Interessenvertretung eröffnen sich neue Chancen, um bessere Verhandlungsergebnisse bei Konsolidierungsmaßnahmen durchzusetzen. Gleichzeitig müssen wir aktiv werden, um den Unmut der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und Proteste zu initiieren. Zur Koordination unserer Aktivitäten haben wir den Aktionsrat „Aktiv werden – Kommunen in Not“ gegründet. Erste Aktionen werden im Oktober und November stattfinden.

Michael Wiese, Landesfachbereichsleiter Gemeinden, ver.di NRW



## Ratschlag mit guten Ideen

Im Bahnhof-Langendreer in Bochum kamen rund 50 Aktive aus 25 Haushaltssicherungsgemeinden zusammen, um über die Situation zu beraten

die zur Teilnahme verpflichteten Städte bedeutet dies, zusätzlich in erhöhtem Maße eigene Konsolidierungsbeiträge umsetzen zu müssen. Als Auswirkung werden Leistungseinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger, weitere Arbeitsverdichtung und Arbeitsplatzabbau erwartet. Vom Kämmerer der Stadt Dorsten war gar zu hören, dass möglicherweise betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr auszuschließen seien. (Weitere Informationen siehe Kasten Stärkungspakt Stadtfinanzen).

seit Jahren anhaltende Unterfinanzierung der Städte zu korrigieren. Hierzu bedarf es aber der Mobilisierung auf allen Ebenen. Beschäftigte, ver.di-Vertrauensleute und die Personalräte müssen aktiv werden und Gegenmacht entfalten. Die vielerorts vorherrschende kritische Resignation muss durchbrochen werden, um die eigenen Potentiale des Widerspruchs und Widerstandes verfügbar zu machen. Gewohnte Denkhaltungen und Handlungsmuster müssen verändert werden. Welche Möglichkeiten sich hierzu bieten, wurde in vier verschiedenen Workshops diskutiert.

Rund 50 Aktive aus 25 ausgewählten Haushaltssicherungsgemeinden trafen sich am 5. September im Bahnhof-Langendreer / Bochum, um über die Finanzsituation der Kommunen in NRW zu beraten. In vier Workshops wurde daran gearbeitet, das Thema für Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger mobilisierungsfähig zu machen. Dies soll Kommunal- und Landespolitiker dazu bewegen, unsere Forderungen zu einer gerechteren Steuerpolitik und der Gemeindefinanzreform in Berlin zu unterstützen.

dass die Bürgerinnen und Bürger von der Regierung so „über den Tisch gezogen werden, dass sie die dabei entstehende Reibungshitze als Nestwärme empfinden sollen“.



Robert Griess eröffnete den Tag mit seinem Programm.

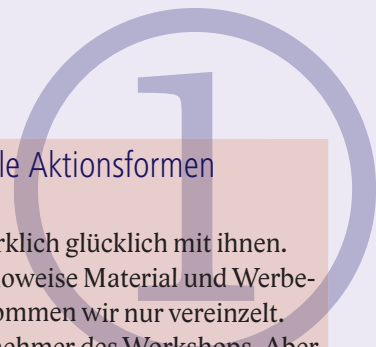
Der Kabarettist Robert Griess eröffnete den Tag mit Auszügen aus seinem aktuellen Programm „REVOLTE – Eine Anleitung für die Mittelschicht“. Griess spannte den Bogen von gesellschaftlichen Missständen, Bankenkrise zu den Auswirkungen für die Menschen in den Städten. Er entlarvte,

Michael Wiese (Landesfachbereichsleiter Gemeinden, ver.di NRW) und Andre auf der Heiden (Landesfachbereichsvorsitzender) berichteten im Anschluss kurz über den aktuellen Stand des – zwischenzeitlich am 20. September 2011 vom Landeskabinett beschlossenen – Stärkungspakt Stadtfinanzen. Für

Die Anwesenden waren sich einig: Der politische Druck muss erhöht werden, um die

### Workshop\_1 // Wirkungsvolle Aktionsformen

Jeder kennt sie und keiner ist wirklich glücklich mit ihnen. Gemeint sind die Infostände. Kiloweise Material und Werbegeschenke, aber ins Gespräch kommen wir nur vereinzelt. Diese Erfahrung teilten die Teilnehmer des Workshops. Aber wie kann es besser gehen? Im Workshop gab es Beispiele für Plakataktionen, die mit geringem Aufwand und einfacher Sprache garantiert die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich ziehen und unsere Inhalte transportieren. Die Riesenzeitung ist ein weiteres Mittel dazu. Ein neutraler Karton wird gefaltet und in der Innenseite mit großer lesbarer Schrift beschrieben. „Mama sagt, ich soll mit meinen Freunden ins Schwimmbad gehen. Würde ich auch gerne, aber das Bad um die Ecke ist zu. Alle sagen, weil die Stadt kein Geld mehr hat. Find ich doof. Du nicht auch? ver.di sagt, da kann man was machen. Braucht die Stadt nur mehr Geld. Fänden wir alle gut, oder?“



# Bahnhof Langendreer

## Workshop\_2 // Dem Problem ein Gesicht geben

Wie können wir das abstrakte Problem der Kommunalfinanzen fassbar machen? In einer Zeit, in der sich kaum einer der Deutungsmacht der elektronischen Medien entziehen kann, ist es erfolversprechend, wenn wir selber die Möglichkeiten moderner Technologien nutzen. Ein Mittel dazu kann die Produktion eigener Videofilme für z.B. eine Personalversammlung sein. Politische Aktionen und Inhalte können mit einem Film dargestellt werden. Das Besondere ist die Perspektive. Die Kamera wird nicht von außen auf die Aktion gehalten, sondern filmt aus der Aktion heraus, als Teil dessen, was geschieht. Einzelpersonen und Gruppen kommen zu Wort, die sonst nur wenig beachtet werden. Gerade die Aspekte werden thematisiert, die sonst eher im Hintergrund stehen. Das Publikum erhält Einblicke fern der üblichen durch die Massenmedien vorgegebene Blickrichtung. Teilnehmer des Workshops beabsichtigen sich schulen zu lassen, um die Aktivitäten vor Ort durch selbst gefertigte Videofilme zu begleiten.

## workshops //

## Workshop\_3 //

### Handlungsmöglichkeiten in der Dauerkrise

Als innerbetriebliche Interessenvertretung begleiten die Personalräte nun bereits seit Jahren die Finanzkrise der Kommunen. Nicht selten haben sich Personalräte dabei zu Co-Managern entwickelt, die von den Belegschaften in der Folge fälschlich als Verantwortliche für Arbeitsverdichtung und Arbeitsplatzvernichtung identifiziert werden. Die Möglichkeiten, die das 1994 LPVG bot, wurden oftmals nicht mehr konsequent genutzt. Mit dem LPVG 2007 kam es zu erheblichen Einschnitten in die Mitbestimmung, die erst in diesem Sommer durch das aktuelle LPVG wieder zurückgenommen wurden. Für die Workshop-Teilnehmer der geeignete Zeitpunkt, um die Rolle der Personalräte zu überdenken und neu auszurichten.

Die Personalräte wollen zukünftig wieder stärker ihre Arbeit vernetzen, um gemeinschaftliche Haltungen und Strategien zu entwickeln. Die Vertrauensleute sind (wieder) stärker zu aktivieren. Die politische Diskussion mit den Vertrauensleuten als Korrektiv der Personalräte muss dauerhaft sichergestellt sein. In der täglichen Arbeit der Personalräte müssen gewerkschaftspolitische Strategien wieder Berücksichtigung finden. Die Möglichkeiten, die das LPVG bietet, sind zu nutzen. Nicht kompromisslerische Beschlüsse sind das Ziel, sondern die kontroverse betriebsöffentliche Auseinandersetzung mit den Maßnahmen der Arbeitgeber.



Unübersehbar: Eine Riesen-Zeitung. Viele weitere Aktionsformen präsentiert der Aktionsrat in einem Reader.

## Workshop\_4 // Was bewegt die Beschäftigten?

Jede Aktivität, die sich gegen die Finanzmisere der Kommunen richtet, muss auch die Beschäftigten als Betroffene einbeziehen. Jahrelanges, manchmal gar jahrzehntelanges Konsolidieren hat die Belegschaften mutlos werden lassen, stellten die Workshop-Teilnehmer übereinstimmend fest. Die Zusammenhänge zwischen der Haushaltskonsolidierung vor Ort, der kommunalen Finanzkrise und der Systematik der kommunalen Finanzausstattung sind nur unzureichend bekannt. Zur Aktivierung der Belegschaften sollte zuerst bei der persönlichen Betroffenheit angepackt werden. Seit Jahren zunehmende Arbeitsverdichtung, die Zunahme psychischer Erkrankungen, schlechte Arbeitsbedingungen, Stellenstreichungen und unbesetzte Stellen, Beförderungsstau etc. sind Themen, die die Belegschaften direkt betreffen und mit denen sie auch erreicht werden können. Bei diesen Themen kann aber auch der Zusammenhang zur kommunalen Finanzkrise als Ursache hergestellt werden.

Ein Patenrezept, welche Aktionen und Aktionsformen zu rasch wachsender Beteiligung durch die Beschäftigten führen, konnte im Workshop nicht gefunden werden. Aktionen durchzuführen, die im Kern eine Emotionalisierung und Skandalisierung beinhalten, erscheint Erfolg versprechend.



# Land stärkt kommunale Haushalte

In drei Stufen will die Landesregierung die Gemeinden stützen, die finanzielle Probleme haben. Jährlich 350 Millionen Euro gibt das Land Kommunen in besonderer Notlage

nen ihre Haushalte nicht ausgleichen. Aktuell befinden sich 138 im Nothaushaltrecht, davon sind 35 überschuldet oder sie erreichen die Überschuldung in den nächsten zwei Jahren. Fast jede zehnte Gemeinde verfügt über kein oder fast kein Eigenkapital mehr. Viele notwendige Projekte können nicht mehr realisiert werden, notwendige Investitionen stagnieren.

## 138 Kommunen im Nothaushaltrecht

Bereits 2010 hatte die rot-grüne Landesregierung Maßnahmen zu Sanierung der Kommunalfinanzen angekündigt. Sie will den Gemeinden die Möglichkeit eröffnen, mit dem Schuldenabbau zu beginnen. Hierdurch sollen die Kommunen die Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.

2010 entfiel die Verpflichtung der Kommunen einen Landeskonsolidierungsbeitrag zu leisten. Diese Soforthilfe entlastet die Kommunen um 300 Millionen Euro. Die Wiedereinführung der 4/7 Beteiligung an der Grunderwerb-

steuer im selben Jahr entlastet die Kommunen ebenfalls.

## Stufen des Sanierungsplans

Das ist aber nur der Einstieg. Der Entwurf des Sanierungsplanes sieht zwei Stufen vor, um den hochverschuldeten Kommunen zu helfen. In der Stufe eins werden die dringlichsten Fälle unterstützt. 34 Kommunen sind zur Teilnahme verpflichtet. Die trotz der geplanten Finanzhilfe für den Haushaltsausgleich fehlenden Mittel sind durch weitere Konsolidierungen zu erbringen.

Für 2012 ist die zweite Stufe vorgesehen. Sie ermöglicht die Teilnahme auf Antrag der Kommune, die dann den Haushaltsausgleich ebenfalls in fünf Jahren schaffen muss. Dies gilt für Kommunen, bei denen die Haushaltsdaten des Jahres 2010 die Überschuldung bis 2016 erwarten lassen. Für sie sind Mittel in Höhe von 65 Millionen Euro im nächsten Jahr, 115 Millionen Euro 2013 und 310 Millionen Euro ab 2014 vorgesehen. Diese Mittel sollen über das

Gemeindefinanzierungsgesetz 2012, das heißt den Mitteln des Kommunalen Finanzausgleiches 2012, zur Verfügung gestellt werden. Die finanzstarken Kommunen sollen mit einer Solidarumlage unterstützen. Bereits die Ankündigung der Solidarumlage vor Monaten führte zu Protesten. Die betroffenen Kommunen befürchten, hierdurch ebenfalls in die Verschuldung zu rutschen. Ab Ende 2013 sollen die Ergebnisse des Stärkungspaktes Stadtfinanzen überprüft werden. Geklärt wird dann auch, ob es in einer dritten Stufe Mittel für weitere Kommunen geben wird.

## ver.di besorgt

Die Verpflichtung der betroffenen Gemeinden den Haushaltsausgleich innerhalb von fünf Jahren herzustellen überfordert viele Kommunen. Bleibt der Entwurf des Gesetzes unverändert, muss mit Aufgabenabbau und Standardsenkungen in den Kommunen gerechnet werden. Kulturelle und soziale Einrichtungen sind dann gefährdet.

Am 20. September beschloss die Landesregierung in ihrer Kabinettsitzung den Gesetzesentwurf Stärkungspakt Stadtfinanzen. In der ersten Stufe sollen 34 Gemeinden jährlich 350 Millionen Euro zur Sanierung der Haushalte bekommen. Es soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Im Gegenzug müssen diese zur Teilnahme verpflichteten Gemeinden einen harten Sparkurs einschlagen, um innerhalb von fünf Jahren den Haushaltsausgleich zu schaffen. Betroffen sind Kommunen, die bereits jetzt überschuldet sind oder bis 2013 überschuldet sein werden.

In NRW konnten in 2010 mehr als die Hälfte der 396 Kommu-

## Finanzierung des Stärkungspaktes // Finanzstarke Städte fürchten Überforderung, unklare Entlastungseffekte

Ein Teil der Finanzierung des Stärkungspaktes erfolgt aus zusätzlichen Mitteln. Hierfür will das Land in den Jahren 2011 bis 2020 jährlich 350 Millionen Euro bereitstellen. Der übrige Teil erfolgt aus der Entlastung der Kommunen durch die Verringerung der Ausgleichszahlungen zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern. In 2012 und 2013 sind das je 65 Millionen Euro. Der kommunale Anteil an der Grunderwerbsteuer soll ab 2013 weitere 50 Millionen Euro erbringen. Ab 2014 sollen weitere Mittel in Höhe von 195 Millionen Euro bereit stehen. Diese Mittel werden frei, weil die vollständige Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund geplant ist. Zur Umverteilung dieser Mittel sollen die überdurchschnittlich finanzstarken Kommunen herangezogen werden. Diese Solidarumlage soll das Volumen des kommunalen Finanzausgleiches erhöhen.

Die Ergänzungsmittel – im Gesetzesentwurf Komplementärmittel genannt – aus verminderten Hartz IV-Kosten, Grunderwerbsteueranteil und Solidarumlage führen zu Kritik. Unklar ist, ob die erwarteten Entlastungseffekte im berechneten Volumen eintreten. Die finanzstarken Städte hingegen befürchten die finanzielle Überforderung.

## Aktiv werden – Kommunen in Not

### Milliardendefizit der Kommunen bedroht Lebensqualität der Menschen

Die Lebensqualität der Menschen hängt zu einem großen Teil von der Leistungsfähigkeit ihrer Kommune ab. Ausreichende Kinderbetreuung, der Zustand von Schulen, Sportstätten und Spielplätzen, Straßen und Brücken, kulturelle und soziale Angebote hängen davon ab, ob die Kommunen diese wichtigen Aufgaben finanzieren können oder ob aufgrund der finanziellen Misere überall der Reißzweck angeht. Die im Grundgesetz festgeschriebene Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen darf nicht ausgehöhlt werden.

Nach heftigen Defiziten in den Vorjahren droht den deutschen Kommunen auch 2011 trotz Wirtschaftsaufschwung ein weiteres Defizit von bis zu 5 Mrd. Euro. Und die mittelfristige Entwicklung sieht angesichts sich drastisch verschlechternder Konjunkturprognosen in den Sternen. Viele Kommunen können nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben erfüllen und müssen alle anderen Ausgaben und dringend nötige Investitionen radikal zusammenschneiden und Gebühren bis an die Schmerzgrenze erhöhen.

### Die Gründe: Steuerreformen und Aufgabenübertragung ohne ausreichende Finanzierung

Wie könnte es zu dieser finanziellen Misere der Kommunen kommen? Leben Städte und Gemeinden, wie Kritiker gern behaupten, einfach über ihre Verhältnisse?

Sicher gibt es einzelne Fälle von zu trauen Prognosen oder unrichtigen Angaben. Die eigentliche Ursache für diese finanzielle Misere ist aber, dass auf Bundesebene wirtschaftspolitischen zu Lasten der Kommunen getroffenen wurden, die dabei weder mitreden noch mitentscheiden durften. Zugleich werden durch Bund und Land weiterhin Entscheidungen getroffen, die den Kommunen erhebliche Kosten ohne ausreichende Finanzierung auferlegen.

### Verschärfung durch die Bankenkrise

In den Jahren 2006 bis 2008 überdeckte die noch als stabil angesehenen Kommunen die strukturelle Schließung ihrer Haushalte. Im Zusammenhang mit der Rettung der Banken und der dadurch entstandenen Finanzkrise tritt diese Wirtschaftsaufschwung wieder offen zu Tage.

(Hier kann ein kommunales Beispiel einbringen.)

Nötig sind deshalb umfassende Erleichterungen der Kommunen und eine stärkere finanzielle Unterstützung.

Daher fordern wir:

### 1. Kommunen müssen geschützt werden

Die unversicherte Haftung der kommunalen Haushalte gefährdet die Lebensqualität der Menschen und die Finanzkraft der Kommunen diese zum Kollaps ihrer Leistungen treibt. Viele Kommunen sind durch die Erhöhung der Einkommensteuer und die weitere Verschärfung der Einkommensteuer (z.B. durch die Erhöhung der Einkommensteuer und die weitere Verschärfung der Einkommensteuer).

### 2. Kommunen benötigen eine ausreichende Finanzierung, um ihre Aufgaben erfüllen zu können

Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefortschrittsteuer ausgebaut werden und die Vermögenssteuer in einer modifizierten Form wieder in Kraft gesetzt werden. Ebenso ist eine Anhebung der Einkommensteuer und eine wirksame Besteuerung großer Erbschaften vorzuziehen. Diese Maßnahmen können die strukturellen Defizite fast aller Kommunen ausgleichen.

### 3. Keine weiteren Steuerreformen zu Lasten der Kommunen!

Steuerreformen auf Bundesebene haben den Kommunen Milliardenverluste bei den Einnahmen beschert, zuletzt durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch einmal 1,6 Milliarden Euro jährlich. Weitere Steuerreformen zu ihren Lasten können die Kommunen angesichts ihrer dramatischen Haushaltslage nicht verkraften.

### 4. Aufgabenübertragung nur mit ausreichender Finanzierung!

Wenn auf Bundes- und Landesebene neue Aufgaben beschlossen werden, die die Kommunen zu erfüllen haben, muss zwingend eine ausreichende Finanzierung mit beschlossen werden. Auch hier muss gelten: „Wer bestellt, zahlt.“

### 5. Investitionen vor Ort erhöhen die Lebensqualität

Ein zusätzliches kommunales Investitionsprogramm für die Fortsetzung und Verstärkung der kommunalen Investitionsprogramme, z.B. im Bereich des Umweltschutzes, der Gesundheitsversorgung, in Verkehrs- und Infrastruktur wird die finanzielle Situation der Kommunen verbessern und die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger erhöhen.

Der Rat der Stadt/Gemeinde ... fordert die im Bundestag vertretenen Parteien und die Bundesregierung auf, die obigen Forderungen bei der Ausgestaltung der Gesetzgebung zu berücksichtigen und so wieder für bürgerfreundliche und lebenswerte Kommunen zu sorgen und die im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltungsrechte der Kommunen zu schützen.

## Resolution durch kommunale Parlamente ist Vorbedingung

Die Verabschiedung einer Resolution durch die kommunalen Parlamente ist für den Landesfachbereich Gemeinden Vorbedingung für weitere Konsolidierungen. Wenn die politisch Verantwortlichen Kommunen erwarten, dass sich ver.di Personalräte und ver.di bei Konsolidierungsprozessen beteiligen, dann müssen sie zu Beginn des Prozesses unsere steuerpolitischen Forderungen unterstützen. Hierbei handelt es sich unter anderem um die Einführung einer Gemeindefortschrittsteuer, die Revision der Vermögenssteuer und die höhere Besteuerung großer Erbschaften.

Die voraussetzungslose unkritische Beteiligung von ver.di Personalräten an weiteren Streichungen wird abgelehnt. Es ist unsere Aufgabe Konsolidierungsmaßnahmen im Detail kritisch zu prüfen und die Belegschaft dabei einzubeziehen.

Ohne die steuerrechtlichen Veränderungen des ver.di Steuerkonzeptes ist eine strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzien nicht möglich. Die Mittel des Stärkungspaktes Stadtfinanzen reichen hierfür nicht aus.

Kommunalpolitiker müssen gemeinsam mit uns die Umsetzung solcher steuerrechtlichen Veränderungen einfordern. Der politische Druck auf den Bund muss erhöht und aufrechterhalten werden, damit aus der Bundestagswahl 2013 neue Mehrheiten hervor gehen. Diese sind Voraussetzung dafür, dass unsere steuerpolitischen Forderungen eine Chance auf Verwirklichung haben.

# Dem Problem auf den Grund gehen

Der Landesfachbereich Gemeinden plant für Oktober und November mehrere Aktionen in ausgewählten Kommunen. Die Aktionen sollen mit geringem Aufwand durchführbar sein und den Reformbedarf deutlich machen

Der Landesfachbereich Gemeinden plant für Oktober und November mehrere Aktionen, die auf die Finanzsituation der Städte hinweisen. Als politische Initiative soll eine Resolution mit unseren steuerpolitischen Schwerpunkten in die Räte eingebracht werden. In Stolberg und Eschweiler finden Videoaktionen während der Personalversammlungen statt. In Recklinghausen wird ein Fahrradkorsor durch die Stadt rollen. Am 1. Oktober

beteiligte sich ver.di bereits an dem Bündnis des DGB für Hagen. Dort rollte der Rettungswagen für Kommunen. In Krefeld gibt es am 19. Oktober einen Tag der Kommunalfinanzien.

Bürgerinnen und Bürger sowie Beschäftigte sollen durch die Aktionen darauf aufmerksam gemacht werden, dass kein Konsolidierungskonzept ohne grundlegende Gemeindefinanzreform ausreichen wird, um die Finanzlage der

# Herbstaktionen 2011

## Schwerpunkt- kommunen

Stolberg, Eschweiler

Bochum, Herne

Duisburg

Kreis und Stadt Recklinghausen

Gelsenkirchen, Gladbeck

Essen

Krefeld

Herford

Dortmund

Oberhausen

Mülheim an der Ruhr

Bergisch Gladbach

Gummersbach

Remscheid

Siegen

Hagen, Lüdenscheid, Menden

Wuppertal

⇒ Kommunen dauerhaft zu verbessern. Konsolidierung führt eher zur Verschlechterung und zum Abbau von Dienstleistungen. Die Arbeitssituation der Beschäftigten verschlechtert sich ebenfalls. Im Rahmen der Aktionen soll der in der Debatte befindliche Stärkungspakt Stadtfinanzen der Landesregierung kritisch beleuchtet werden. Besonders kritisch ist der Plan, die noch fehlenden Finanzmittel durch weitere Konsolidierungsbeiträge der teilnehmenden Kommunen zu erwirtschaften. Weiteres Geld soll durch eine Solidarumlage der finanzstarken Kommunen umverteilt werden.

### Straßenaktionen mit geringem Aufwand

Geplant sind mit geringem Aufwand durchführbare Straßenaktionen, die sich an die Bürgerinnen und Bürger richten. Hierdurch werden Denkanstöße zu „Aktiv werden – Kommunen in Not“ transportiert. Die erforderlichen Materialien befinden sich in Vorbereitung. Ergänzend werden von den Bezirksfachbereichen der Schwerpunktkommunen betriebliche und öffentliche Aktionen geplant und durchgeführt. Hier können bereits bestehende Bündnisse und Initiativen einbezogen werden.

Zur Vorbereitung der Straßen- und Ergänzungsaktionen werden dort bis Mitte Oktober Veranstaltungen unter dem Motto „Aktiv werden – Kom-

munen in Not“ durchgeführt. In den Veranstaltungen sollen Zusammenhänge zu den Kommunalfinanzen vermittelt werden. Örtliche Teams zur Durchführung der Aktionen sollen kurzfristig gegründet werden.

Teilnehmer an diesen Veranstaltungen sind die Mitglieder der Bezirksfachbereichsvorstände, Betriebsaktive, Unterstützer aus dem Bezirk und aktive Seniorinnen und Senioren. Zur Unterstützung befindet sich ein Facebook- und Internetauftritt in Vorbereitung. Ebenso machen die Mitglieder des Aktionsrat das Angebot, für Bildungsveranstaltungen zur Verfügung zu stehen.

Wer nun mitmachen will, Informationen und / oder Materialien für die Straßenaktionen, Referentinnen und Referenten für Veranstaltungen / Vorbereitungstreffen benötigt, wendet sich an seinen Bezirksfachbereich. Infos gibt es auch im Landesfachbereich Gemeinden, Thomas Lauer, eMail [thomas.lauer@verdi.de](mailto:thomas.lauer@verdi.de)

### Impressum

V.i.S.d.P.: Michael Wiese,  
Landesfachbereichsleiter Gemeinden,  
Karlsru. 123-127, 40210 Düsseldorf  
Redaktion: Jutta Ahrweiler, Martin  
Nees, Martina Neubner, Heinz Rech  
Foto: S.1, 2, 3, 6: Christa Hicker,  
S.3 Mitte: Gerti Jahn  
Gestaltung, Satz: Manfred Horn  
Kontakt: Heinz Rech,  
Landesfachbereich Gemeinden  
0211. 61824 320, [heinz.rech@verdi.de](mailto:heinz.rech@verdi.de)

ver.di

## Aktiv werden – Kommunen in Not!

Mitglied werden: [www.mitgliedwerden.verdi.de](http://www.mitgliedwerden.verdi.de)

Mehr News: [www.gemeinden.nrw.verdi.de](http://www.gemeinden.nrw.verdi.de)